

Gymnasium Aktuell

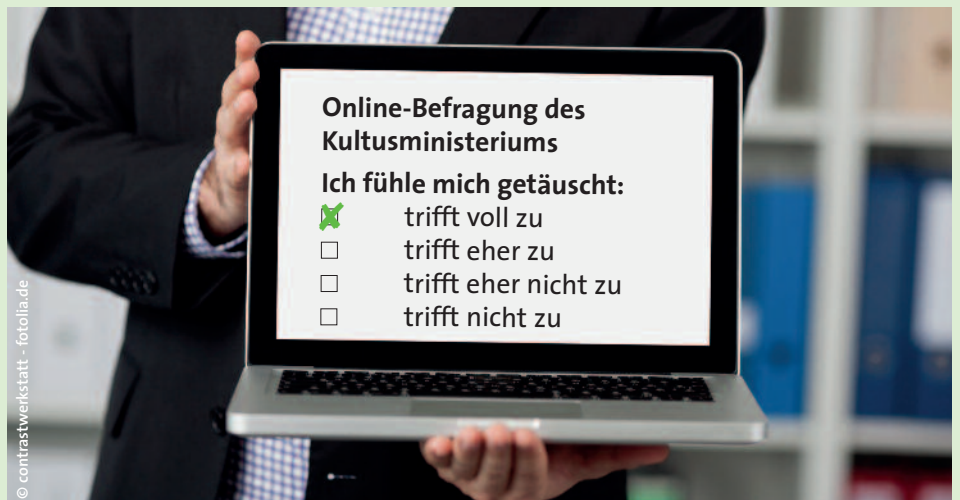
Online-Befragung des MK ist Täuschungsmanöver

Der Philologentag 2015 in Goslar hatte den Lehrkräften neue Hoffnungen gegeben, dass ihre beruflichen Belastungen nunmehr zur Kenntnis genommen und Maßnahmen ergriffen würden, ihre Arbeitslast endlich zu mindern. In seiner öffentlichen Rede vor Delegierten und Gästen hatte Ministerpräsident Weil – als Antwort auf die Forderungen des Philologenverbandes nach einer umfassenden Aufgabenkritik – eine „Entrümpelung“ der Schule von außerunterrichtlichen Aufgaben zugesichert und in diesem Zusammenhang unter dem Beifall der mehr als 450 Zuhörer eine entsprechende Online-Befragung aller niedersächsischen Lehrkräfte durch das Kultusministerium angekündigt.

Ministerin boykottiert Weils Versprechen

Doch diese Befragung, die am 1. Juni beginnen soll, wird – gemessen an den geweckten Hoffnungen – ohne Zweifel eine große Enttäuschung für die Lehrkräfte werden. Denn sie hat sich im Laufe ihres Entstehens von der Zusicherung des Ministerpräsidenten mehr und mehr entfernt: „Die Kultusministerin wird alle Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen, aber auch selbstverständlich alle Verbände einladen, mit ihren Vorschlägen zu diesem Vorhaben beizutragen. Sie wird diese Vorschläge nicht im stillen Kämmerchen, sondern mit den Interessenverbänden darauf abklopfen, möglichst viel Zeit und möglichst viel Energie für die individuelle Förderung der jungen Leute einsetzen zu können“.

So weit so gut mit den Versprechen. Ein geladen wurden die Lehrerverbände zwar zu drei Sitzungen, und sinnvolle Vorschläge und kritische Beiträge auch grundsätzlicher Art gab es zur Genüge – doch sie wurden allesamt nicht berücksichtigt. Davon zu sprechen, dass nichts „im stillen



In der Schule nennt man das Täuschungsversuch: Die Online-Befragung der Ministerin dient nicht der Feststellung der zeitlichen Belastung des Lehrpersonals und der vom MP versprochenen „Entrümpelung“ der Schule von überflüssigen und ineffektiven bürokratischen Aufgaben, sondern der Rechtfertigung von Heiligenstadts Schulpolitik.

Kämmerlein“ geschehe, darüber kann man angesichts der Realität des Vorgehens des Kultusministeriums bestenfalls nur den Kopf schütteln.

Befragung: Statt der beruflichen Belastungen schulpolitische Zielsetzungen

Und auch das wurde schnell klar: Die Ministerin schert sich um die politischen und sachlichen Vorgaben des Ministerpräsidenten kaum und verfolgt mit dieser „Befragung“ stattdessen ganz andere Ziele, insbesondere schul- und bildungspolitische nach ihrem Gusto. Wurde zunächst als Ziel der Befragung noch der „Bürokratieabbau“ und der „Abbau außerunterrichtlicher Aufgaben“ genannt, außerdem die Möglichkeit für alle Lehrkräfte, „subjektive Belastungserfahrungen zu verschiedenen professionellen Tätigkeiten äußern zu können“, so heißt es jetzt, „im Mittelpunkt“ der Befragung stehe „die Passung zwischen den Vorgaben des Ministeriums einerseits und der Umsetzung im Arbeitsalltag der Lehrkräfte andererseits“.

Damit hat das Kultusministerium die Befragung meilenweit von dem beabsichtigten Ziel des Ministerpräsidenten entfernt. Sie hebt jetzt nicht mehr – wie einst vorgesehen – auf den Abbau von Belastungen ab, von denen Weil sprach, und sie fragt auch nicht nach den zeitlichen, den physischen und psychischen Belastungen, wie sie sich täglich bei unseren vielfältigen Tätigkeiten in der Schule zeigen.

Statt Abbau von Belastungen interessiert Inklusion

Die Online-Befragung ist daher aus Sicht des Philologenverbandes, man kann es nicht anders sagen, ein groß angelegtes Täuschungs- und Ablenkungsmanöver. Dies offenbart schon der Hauptteil der derzeit vorliegenden Befragung, der sich in 6 Bereiche gliedert, die das Ministerium „gesetzt“ hat, nämlich die sog. „Reformvorhaben“ der Ministerin: Inklusion, Sprachförderung/interkulturelle Bildung, Ganztag, sowie Unterricht, Kooperation und – nur für

Schulleiter – Schule leiten und verwalten. Auch die konkreten Themen innerhalb der Bereiche wurden vom Ministerium vorgegeben. Schwerpunkt der Befragung liegt bei der Inklusion, dem vorrangigsten Ziel, das sich die Kultusministerin derzeit gesetzt hat, und bei der Sprachförderung, also in schulischen Bereichen, die vornehmlich Grundschulen betreffen. Andere Fragen sind gemessen daran sekundär, und damit zeigt die „Befragung“ eine schulpolitische Ausrichtung, die zwar immer geleugnet wird, aber Realität zu werden droht: die eine Schule für alle.

Spezifische Belastungen der Gymnasiallehrer ignoriert

Wir haben z. B. in den entsprechenden Gremiensitzungen zur Vorbereitung der Befragung versucht, unter der Überschrift „Unterricht“ (dahinter verbirgt sich eigentlich „Qualitätssicherung“) auch besondere schulformspezifische Fragen ins Bewusstsein zu bringen: zu Klausuren und zum Abitur, zu Facharbeiten, zur Oberstufe und zu vielem anderem mehr, was unsere Schulform berührt und die Lehrkräfte zeitlich belastet – ohne jeglichen Erfolg. Und das ist gewollt und lässt nur den Schluss zu: Die Befragung ist bewusst so angelegt, vorrangig bei anderen Schulformen Belastungen festzustellen, weniger bei den Gymnasien.

Autoritäre „Verhandlungskultur“ bei den Vorbereitungssitzungen

Dieses abweisende Vorgehen entspricht insgesamt der miserablen „Gesprächs- und Verhandlungskultur“, die dort gepflegt wurde, so dass die Gremiensitzungen unter dem Strich wenig sachdienlich waren und mehr oder weniger eine Alibifunktion zu erfüllen hatten. Unsere Vorschläge beispielsweise, insbesondere die zahlreichen Konzepte, die ständigen Gremiensitzungen, die Bereitschaftsstunden, die Fachkonferenzleitungen ohne Anrechnungsstunden und manch anderes mehr in der Befragung detailliert zu erfassen, wurden zurückgewiesen: Dies sei nicht Thema der Befragung und werde von der Ministerin „nicht gewünscht“.

Und: Die „Reformpolitik der Ministerin“, so wurden wir einmal ausdrücklich belehrt, „dürfe nicht in Frage gestellt werden“. Ja, wo leben wir denn eigentlich? Wir haben in diesem Lande in Ministerien und andernorts schon manche Gespräche

geführt und an vielen sog. Expertenrunden teilgenommen, doch Vergleichbares dazu haben wir zu keinem Zeitpunkt zuvor erlebt, und das bei einer rot-grünen Landesregierung, die mit einem besonders hohen Demokratieanspruch auftreten war.

Anspruch und Wirklichkeit: Kritische Äußerungen nicht erwünscht

Doch offizielle Verlautbarungen und Realität stehen in offenem Widerspruch. Hatte die Ministerin gegenüber der Presse im Frühstadium noch geäußert, die Lehrkräfte sollten in der Befragung „Vorschläge für mögliche Entlastungsmaßnahmen unterbreiten“, ist davon kaum etwas übrig geblieben. Zunächst sollte es zu jeder der Fragen die Möglichkeit einer freien Eingabe im Sinne solcher Vorschläge geben – doch in den Gremiensitzungen wurde von Seiten des MK sehr offen und deutlich die Befürchtung geäußert, Lehrkräfte könnten sich dabei zu vielem, was in den Schulen läuft, kritisch äußern – dies aber ist nicht gewünscht. Besondere Sorge äußerte man hierbei vor allem in Bezug auf die Inklusion, die, siehe oben, ebenso wie andere „Reformvorhaben“ nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Die einfache Lösung: statt freier Eingabemöglichkeiten nach jeder Frage soll es diese jetzt nur nach jedem der 6 Bereiche geben. Doch auch das hätte den Lehrkräften noch zuviel Raum für Vorschläge und kritische Äußerungen gelassen. So kam man auf die Idee, jeweils die Zahl der Zeichen auf 235 zu begrenzen und/oder nur eine Auflistung von 3 kurzen Äußerungen zuzulassen. Kritische Anmerkungen sind eben nicht erwünscht.

Art der „Befragung“ – ein Instrument zur Manipulation

Statt echter Fragen zu Sinn oder Unsinn einer Aufgabe, zu ihrer Effektivität und dem mit ihr verbundenen Zeitaufwand gibt es – vom Ministerium gesetzt – Feststellungen zu Unterricht und Erziehung, zu denen die Lehrkräfte in einer Viererskala den Grad ihrer Zustimmung ankreuzen können, und zwar immer zu denselben 6 Aussagen.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen: „Die Planung des Unterrichts zur Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist eine Tätigkeit...“

1. Die in meinem Arbeitsalltag oft vorkommt
2. Bei der ich nachvollziehen kann, was mein Arbeitgeber von mir erwartet
3. Die für meine Arbeit nützlich ist
4. Für die ich geeignete Unterstützung durch die Behörden erhalte
5. Für die ich geeignete Unterstützung durch meine eigene Schule erhalte
6. Die ich bewältigen kann.“

Da fragt man sich, was eigentlich mit den unter 1 bis 6 getroffenen Aussagen gemeint ist, und welche neuen „Erkenntnisse“ das Ministerium aus den von den Befragten getroffenen Feststellungen ziehen will. Was heißt z. B. „die ich bewältigen kann“? Natürlich kann ich diese Aufgabe prinzipiell bewältigen. Die Frage ist doch aber, ob alle von mir zu bewältigenden Aufgaben in der Summe zeitlich leistbar sind. Dieses wird nicht erfragt, obwohl das doch – entsprechend den Zusicherungen Weils – der Zweck dieser Umfrage sein sollte.

Diese Methodik der „Befragung“ zu den beruflichen Tätigkeiten suggeriert, dass Lehrkräfte – ihrem Berufsethos entsprechend – die Fragen zur Nachvollziehbarkeit und „Nützlichkeit“ von Aufgaben und ihre Bewältigung überwiegend positiv beantworten, so wie das Kultusministerium es "hören will", und so werden manche ungewollt in die methodische Falle tappen, die ihnen eine unseriöse Politik mit diesen Fragen stellt.

Noch unverhohlener wird diese Methodik in dem dem Hauptteil II des Fragebogens jetzt beigefügten Teil III eingesetzt, der uns in den Gremiensitzungen nicht vorgelegt wurde und in dem erneut überwiegend positive Antworten „proviziert“ werden.

Denn welcher Lehrer wollte z.B. in Abrede stellen, dass er auch mit problematischen Schülern in guten Kontakt kommen kann, „wenn er sich bemüht“, oder dass er sich zutraut, Schüler für neue Projekte zu begeistern oder kreative Ideen entwickeln zu können. Wer würde bei einer derartigen Aufgabenbeschreibung „trifft nicht zu“ ankreuzen und sich damit ein berufliches „Armutzeugnis“ ausstellen. Das Ministerium kann sich dann freuen – denn in den Schulen ist doch offensichtlich alles bestens in Ordnung!

Cui bono

Schon in der ersten Sitzung des Gremiums hatte sich der Philologenverband zu der Befragung kritisch geäußert, obwohl damals noch nicht sichtbar war, dass sie das Ziel haben würde, bildungs- und schulpolitische Zielsetzungen immanent zu verkaufen. Wir wie auch GEW und VBE hatten damals erklärt, dass den Lehrkräften hin-

reichend bekannt sei, was belastend ist und dass die Befragung mit Kosten in Höhe eines 6-stelligen Betrages überflüssig sei. Inzwischen hat vor allem die GEW – offenbar angesichts der neuen schul- und bildungspolitischen Zielsetzungen der Befragung – ihre Bedenken aufgegeben und die Ministerin – oft in geradezu peinlicher Weise – ermuntert und bestärkt, die-

sen neuen Weg der Befragung zu gehen, so dass man sich nolens volens die Frage nach der tatsächlichen Vertretung der Interessen der dort organisierten Lehrerinnen und Lehrer stellt. Was die Motive dafür aber wirklich waren, werden wir wahrscheinlich wissen, wenn die Ergebnisse der Umfrage vorliegen und wir auch die Frage beantworten können: Cui bono.

Mathe-Abitur: Krisenmanagement des MK miserabel

In den letzten Wochen gab es wohl kaum ein Ereignis, das die Schulen mehr bewegt hat als die verunglückte Aufgabenstellung des schriftlichen Mathe-Abiturs am 29. April. Das spiegelten auch die zahlreichen erbosten Anrufe und Zuschriften wider, die uns aus den Schulen von Lehrkräften, Eltern und auch von Schülern, erreichten. Der Tenor der Äußerungen war stets gleich: Wir fühlen uns mit den Problemen, die uns das Mathe-Abitur mit seinen missglückten Aufgaben gebracht hat, alleingelassen.

Grundlegende Kritik am Krisenmanagement des MK

Wir haben sofort agiert und die Ministerin eindringlich gebeten, „die im Fach Mathematik aufgetretenen Mängel mit den mehr als problematischen Aufgabenstellungen schnellstens zu heilen“ und dafür „Sorge zu tragen, dass die höchst bedenklichen Fehlgriffe bei der Auswahl und Stellung der Prüfungsaufgaben nicht zu einer schweren Hypothek für die Abiturienten werden.“ Doch weder erhielten wir auf dieses Schreiben eine Antwort, noch wurde für uns erkennbar, in welcher Weise sich das Ministerium dieser Angelegenheit anzunehmen gedächte – eine Tatsache, die nur den Schluss zulässt, dass das Krisenmanagement in dieser für viele Schüler, Lehrkräfte und Eltern so wichtigen Frage katastrophal war.

Ministerin ohne Blick für die Situation in den Schulen

Ganz offensichtlich hat das Ministerium nicht zur Kenntnis nehmen wollen, wie die Probleme, die es mit diesen Aufgaben geschaffen und politisch zu verantworten hat, die Betroffenen beschäftigen. Zu Recht wird aus den Schulen immer wie-

der auf den enormen Zeitdruck hingewiesen, unter dem die am Abitur beteiligten Fachlehrer, die Fachprüfungsausschüsse und Prüfungskommissionen stehen, da Gutachten und Noten Anfang Juni feststehen müssen – ein Zeitdruck, den das MK offenbar aber nicht nachvollziehen will oder kann. Zudem: Auch der physische und psychische Druck sowie der Stress durch Ungewissheit, der für die Schüler entstanden ist, scheinen die Ministerin kaum zu berühren.

GEW eilt Ministerin zu Hilfe

Während es in den Schulen überall zu Recht rumort, stellte sich wieder einmal – wie seit einiger Zeit praktiziert – der GEW-Vorsitzende Brandt seiner einmal mehr in Bedrängnis geratenen Ministerin hilfreich zur Seite: Man solle doch die Sache „gelassen“ sehen, und eine Drama-

tisierung des Vorganges sei „unangemessen“. Angesichts der Empörung, die Brandt mit dieser Hilfsaktion für die in Not geratene Ministerin auslöste, war es für ihn wenig hilfreich, dass sich der SPD-Abgeordnete Santjer in gleicher Weise einließ und verkündete, dass die Ministerin „mit ihrem schnellen Handeln in der Sache für Klarheit gesorgt“ habe, da geplant werde, den Bewertungsmaßstab großzügig zu handhaben.

Doch diese Rettungsaktion für eine in Not geratene Ministerin wurde ein ähnlicher Flopp wie die Hilfsaktion von Brandt, denn erst einmal – man hat ja so viel Zeit!!! – wurden die Schulen aufgefordert, bis zum 23.5. über den Ausfall der Mathe-Abitur Klausur zu berichten: Erst danach wolle man Lösungen hinsichtlich der Bewertung der Abi-Klausur suchen – und



© Jeannette Dietl - fotolia.de

Stress im Mathe-Abitur: Die Aufgabenstellung im landesspezifischen Teil des Mathe-Abiturs wies konzeptionelle Fehler auf, die nicht hätten passieren dürfen: Die eigentlichen Aufgaben waren mit viel zu viel Text „ummantelt“, die Aufgaben selbst teilweise zu umfangreich, der sonst übliche leichtere Aufgabenbereich als Einstieg, der insbesondere schwächere Schüler motivieren soll, fehlte weitgehend. Die Textlänge war schon früher mehrfach von Fachleuten kritisiert worden, doch wurde die Kritik vom Ministerium einfach ignoriert.

das, obwohl die Aufgaben doch angeblich „völlig in Ordnung“ gewesen seien.

Mathematiklehrer: Konzeptionelle Mängel in der Aufgabenstellung

Mathematiklehrer, die selbst mit dem diesjährigen Mathe-Abitur befasst sind, sehen das jedoch anders, wie aus einer Vielzahl der Zuschriften mit oft detaillierten Kommentaren zu den gestellten Aufgaben hervorgeht. Da werden nicht nur die „sprachlich bedenklichen Formulierungen und die fachlichen Fehler“ moniert, da werden auch grundlegende Analysen vorgetragen, die konzeptionelle Mängel der Aufgabenstellung offenbaren:

„11 Seiten Aufgabentext (eA) sind einfach unangemessen viel..... Im hilfsmittelfreien Teil enthält jede Aufgabe für die Prüflinge zwei Aufgaben. Damit war die angesetzte Zeit deutlich zu kurz... Allen Aufgaben fehlen die einfachen Zugänge, die wichtig wären, um insbesondere schwächeren Schülern Vertrauen in ihre eigene Lösungsfähigkeit zu geben, die dann auch komplexere Probleme bewältigen lässt. Die mathematischen Kerne sind deutlich zu komplex verpackt.“

Ministerium kann mit Kritik nicht souverän umgehen

Doch das Ministerium kann oder will diese konzeptionellen Mängel nicht wahrhaben und reagiert gereizt. Jede auf das Mathe-Abitur abzielende Kritik aus

den Schulen und in den Medien wird „entschieden“ zurückgewiesen. So entbehre unsere öffentlich geäußerte Kritik zum Mathematik-Abitur, ließ sich der MK-Pressesprecher zu unserer Presseverlautbarung vernehmen, „jedweder Grundlage“. Form und Inhalt der Verlautbarung weise man „auf das Schärfste“ zurück: Das Niedersächsische Kultusministerium habe sich der Problematik umgehend angenommen und unverzüglich gehandelt. ... Die Aufgaben seien anspruchsvoll, aber vom Schwierigkeitsgrad leistbar und entsprächen den Vorgaben des Kerncurriculums.

Doch dann folgt der vielsagende Zusatz, der mehr verrät, als dem Ministerium lieb sein kann: „Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass der Umfang der Aufgaben und die Aufgabendichte möglicherweise für die vorgegebene Zeit etwas zu hoch waren.“

„Nicht auszuschließen, möglicherweise, etwas zu hoch...“ so versucht das Ministerium, die von ihm politisch zu verantwortende Fehlleistung verbal herunterzuspielen. Da bleibt nur die mehr rhetorische Frage, warum man dort die grundsätzlichen Probleme der Aufgabenstellung nicht sehen und verstehen will – offensichtlich wohl in der Meinung, dass Ignoranz auch eine Tugend der Politik sein müsse.

Letzte Meldung: Ungerechte Bewertungsänderung

Vier Wochen nach dem Mathe-Abi hat das MK jetzt endlich auf die heftige Kritik an der Aufgabenstellung durch Absenkung der Bewertungseinheiten um 12,5 Prozent reagiert. Doch Unmut und Proteste bleiben, da diese „Anpassung“ mehr als problematisch ist, da sie zu einer eklatanten Ungleichbehandlung der Schüler führt: Denn während die Endnoten von „guten“ Schülern um bis zu drei Notenpunkte hochgesetzt werden, bekommen „schwächere“ Schüler höchstens einen Punkt mehr bzw. gehen in den meisten Fällen sogar ganz leer aus.

Das Vorgehen des MK basiert auf einem Vergleich der Abi-Klausuren mit den Durchschnittsnoten in den Mathe-Klausuren der Qualifikationsphase – ein mehr als problematisches Verfahren, da es z.B. nicht die Abweichungen vom Durchschnitt wiedergibt. Damit kann diese Maßnahme den Missgriff bei den Aufgaben für einige Schüler zwar abmildern, aber keine Bewertungsgerechtigkeit schaffen, was zu erneuter großer Unruhe führt. So kann es nicht bleiben.

Landesregierung:

Keine zeit- und inhaltsgleiche Anpassung der Beamtenbezüge

Ab 1. Juni 2016 erhöhen sich die Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Beamten um 2,0 %. Doch Freude darüber wird nicht so recht aufkommen wollen, denn abermals verlässt die rot-grüne Landesregierung die Jahrzehnte lang geübte Praxis, die Besoldung der aktiven Beamten und die Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamten den jeweiligen Tarifabschlüssen entsprechend anzupassen, wie wir das stets gefordert haben.

Diese erneute Abtrennung hat zudem zur Folge, dass damit die Einkommensentwicklung der niedersächsischen Beamten mehr und mehr auch von der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik abgetrennt wird – eine fatale Entwicklung zu Lasten der Nachwuchs-

gewinnung in allen Bereichen staatlicher Aufgaben.

Wir fordern daher

- ▶ eine zukunftsorientierte Einkommenspolitik für das beamtete Personal in Niedersachsen,
- ▶ attraktive berufliche Gegebenheiten für das tarifliche Personal in unseren Schulen,
- ▶ den schon lange überfälligen Abbau des Einkommensrückstandes gegenüber anderen Beschäftigungsgruppen,
- ▶ die jeweils inhalts- und zeitgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse auf die niedersächsischen Beamten sowie
- ▶ die Wiedereinführung des sogenannten Weihnachtsgeldes.

Die neuen Besoldungs- und Entgelttabellen stellen wir unseren Mitgliedern wie gewohnt als Sonderdruck zur Verfügung.

Seminar des Philologenverbandes

Leitungsaufgaben in der Eigenverantwortlichen Schule – Wie bewältige ich die täglich neuen Herausforderungen professionell und verantwortungsbewusst?
für Schulleiter, stellv. Schulleiter und Koordinatoren

1.9. bis 2.9.2016 in Bad Münde
Näheres auf unserer Homepage
www.phvn.de